

Kantonsratsbeschluss über das Entlastungspaket 2026

Antrag vom 1. Dezember 2025

SP-GRÜNE-GLP-Fraktion (Sprecherin: Hasler-Balgach)

Anhang (Detaillierte Beschreibung der Entlastungsmassnahmen):

Nr. Bildungsdepartement, Universität St.Gallen (HSG)				
M42 Reduktion des Staatsbeitrags an die Universität St.Gallen				
Untermassnahme Bst. b: <u>Streichen.</u>				
in Franken	2026	2027	2028	später
Entlastung Nettoaufwand	-5'000'000	-6'615'000	-7'150'000	-7'254'000
		<u>-4'615'000</u>	<u>-5'150'000</u>	<u>-5'254'000</u>

Begründung:

Die Anpassung der Studiengebühren mit Untermassnahme Bst. b ist aus Gründen der Bildungsgerechtigkeit nicht angezeigt. Bildung ist Kernaufgabe des Staats und nicht ein Dienstleistungsangebot in Abhängigkeit der Kaufkraft. Die Studiengebühren sind im schweizweiten Vergleich bereits hoch.

Zusammen mit Untermassnahme Bst. b führen die Kürzungen zu mehr Exklusivität und weniger Wertschöpfung für die Ostschweiz. Der Braindrain wird verstärkt und dem ohnehin schon geringen Anteil der Bevölkerung mit Tertiärausbildung wird nicht entgegengewirkt.